

Engagementpolitik ist Kulturpolitik, ist Gesellschaftspolitik, ist Demokratiepolitik

Thomas Röbbke

Von Engagementpolitik reden wir etwa seit den 2000er Jahren, als mit der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags zur Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements, der Gründung des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) und der Einsetzung des Unterausschusses für Bürgerschaftliches Engagement im Deutschen Bundestag diese als Querschnittsaufgabe verankert wurde. Sie sollte den übergreifenden Beitrag des Bürgerschaftlichen Engagements von der Umwelt- zur Bildungsarbeit, von der Sozial- zur Kulturarbeit, von der Senioren- zur Jugendarbeit sichtbar machen und geeignete Förderbedingungen entwickeln. Vorher gab es Ansätze von Engagementpolitik, doch meist spartenbezogen, etwa als Sportpolitik. Bis heute haben sich bei engagementpolitischen Akteurinnen und Akteuren gemeinsame Überzeugungen herauskristallisiert. Das heißt nicht, dass sie sich schon in den entscheidenden politischen Gremien Gehör verschafft hätten. Es gibt eine ausformulierte Engagementpolitik, aber sie hat sich nur in Ansätzen durchgesetzt (Röbbke 2021: 338ff.).

Zwischen der jüngeren Engagementpolitik und der älteren Neuen Kulturpolitik, die sich seit den 1970er Jahren entwickelt hat (Sievers/Wagner 1992) und an deren Formulierung und Verbreitung die Kulturpolitische Gesellschaft (KuPoGe) entscheidenden Anteil hatte, gibt es verblüffende Parallelen: Die Neue Kulturpolitik und das Bürgerschaftliche Engagement weisen wesentliche Gemeinsamkeiten auf: Es geht um die freie Entfaltung von gesellschaftlichen Energien und kreativem Eigensinn. Der gemeinsame Fluchtpunkt ist die Stärkung der demokratisch verfassten Zivilgesellschaft. Um nicht missverstanden zu werden: Nicht jedes Engagement oder jede künstlerische Leistung muss hierzu einen Beitrag leisten. Es gehört gerade zum Selbstverständnis von Engagement- und Kulturpolitik, kritische Beiträge nicht nur zuzulassen, sondern sogar zu fördern, wenn sie sich im Rahmen der demokratischen Grundordnung bewegen. Das macht ihre innovative Kraft aus, die für gesellschaftlichen Fortschritt unverzichtbar ist. Engagement- und Kulturpolitik eint also das deliberative Austarieren von Freiheitsräumen, ihren Grenzen und ihrer Ermöglichung einerseits sowie einer kreativen und innovativen Impulsgebung andererseits. Dabei bewegt man sich oft in einem institutionellen und bürokratischen Umfeld mit großem Beharrungsvermögen.

Das Bürgerschaftliche Engagement hat erkennbare Spuren hinterlassen: Emanzipationsbewegungen und ökologische Initiativen, Hospiz- und Selbsthilfegruppen, aber auch soziokulturelle Einrichtungen, um nur einige Beispiele herauszugreifen, haben unsere Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten verändert. Sie alle haben sich aus ehrenamtlichen Wurzeln entwickelt und sind bis heute von Bürgerschaftlichem Engagement getragen.

Nach einer detaillierteren Darstellung dieser gemeinsamen politischen Grundsätze von Engagement- und Kulturpolitik im ersten Teil will ich in einem zweiten Teil in groben Zügen das Bürgerschaftliche Engagement im Kulturbereich beschreiben. Wie sieht die vielbeschworene Zivilgesellschaft aus, die Kultur- und Engagementpolitik gestalten wollen, welche Ausprägungen nehmen sie an? Welchen Anteil hatte die KuPoGe daran?

Heute stehen wir vor einer gesellschaftlichen Großwetterlage, die die Potenziale Bürgerschaftlichen Engagements bitter nötig hat. Ich möchte dies abschließend in einigen Gedanken zur Notwendigkeit der Stärkung einer unter Druck geratenen Demokratie aufzeigen.

Ein gemeinsames Verständnis von Engagement und Kulturpolitik: Perspektive Zivilgesellschaft

An dieser Stelle die Grundüberzeugungen der Neuen Kulturpolitik oder Soziokultur darzustellen, hieße Eulen nach Athen tragen. Ich will mich daher auf die Anschlussstellen zur sich seit den 2000er Jahren entwickelnden Engagementpolitik beschränken. Vor allem muss dabei Bernd Wagner genannt werden. Als Herausgeber des ersten Jahrbuchs für Kulturpolitik 2000 machte er das Bürgerschaftliche Engagement erstmals zum Bezugspunkt der Kulturpolitik (Röbke/Wagner 2001). Das zu gleicher Zeit von ihm verantwortete Forschungsprojekt über Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Bürgerschaftliches Engagement in der Kultur lieferte dann die empirische Basis für diese Debatte (Wagner 2000; Wagner/Witt 2003). Dies sind Beispiele für die große Bedeutung, die das Thema für die KuPoGe hatte und hat. Es gehört gewissermaßen zu ihrer programmatischen DNA. Als Beleg dafür kann das Grundsatzprogramm aus dem Jahr 1998 zitiert werden. Unter dem Stichwort »Kulturpolitik ist eine Gemeinschaftsaufgabe« wird darin bereits die neue Governance beschrieben. »Das Verhältnis von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft ist für die Kulturpolitik neu zu bestimmen. [...] Eine besondere Bedeutung kommt hierbei der kulturellen Freiwilligenarbeit und dem bürgerschaftlichen Engagement zu.« (Kulturpolitische Gesellschaft 1998: 8f.) Dies war gewissermaßen die Grundlage für die Aktivitäten zu dem Thema in den 2000er Jahren.

Das Jahrbuch für Kulturpolitik zum Thema Bürgerschaftliches Engagement 2000 war ein politisch-programmatischer Diskursauftakt. In der Einleitung wurde nicht nur an das bürgerliche Vereinsleben seit dem beginnenden 19. Jahrhundert erinnert, sondern auch an sein Pendant in den solidarischen Organisationen der Arbeiterbewegung. Es wurde dargestellt, wie sich bis heute politische Positionen daraus ableiten. Mit dem kanadischen Philosophen Charles Taylor wurden die noch älteren philosophischen Bezugspunkte der Aufklärung sichtbar. Taylor unterschied einen sogenannten L-Strang (der für John Locke steht) von einem M-Strang (für das Denken Montesquieus). Wäh-

rend Locke die bürgerliche Gesellschaft als ein polares Spannungsverhältnis zwischen privaten Besitzbürgern und Staat beschrieb, betonte Montesquieu einen dritten intermediären Bereich zivilgesellschaftlicher Organisationen, der die öffentliche Meinung prägt und das Gemeinwohl in den Mittelpunkt stellt. Damit war die entscheidende Verbindung von Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit, zwischen Gemeinwesen und Demokratie geknüpft.

Autoren und Autorinnen des Jahrbuchs wie Wolfgang Thierse, Annette Zimmer, Warnfried Dettling oder Hermann Glaser vertieften diese Verbindung. Sie zeigten unter anderem die Verwandtschaft zum Schiller'schen Kultur- und Bildungsverständnis als eine jener Quellen, auf die sich auch die Neue Kulturpolitik berief (Glaser 2001: 125).

Auf dieser Grundlage entfaltete sich die engagementpolitische Debatte, die mit starken Impulsen aus der Kulturpolitik und dem KuPoGe-Diskurs versehen war. Ihre Leitvorstellung war: Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft bilden einen intermediären Sektor, der sich von Wirtschaft, Staat und Privatsphäre abgrenzt, aber zugleich diese verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren verbindet und im öffentlichen Raum ins Gespräch bringt. Man sprach von Trisektoralität. Zivilgesellschaft und Bürgerschaftliches Engagement sind ihrem Wesen nach inklusiv und sorgen für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie haben den Anspruch, Brücken zwischen sozialen Schichten, Milieus und Kulturen zu bauen. Das erinnert stark an die Beschreibung einer Kultur für alle (Hilmar Hoffmann) und eines Bürgerrechts Kultur (Hermann Glaser), auf die sich die Gründungsakteure der Neuen Kulturpolitik bezogen.

Zugleich muss aber die Gefahr im Auge behalten werden, dass Zivilgesellschaft exkludierend wirken kann. Die sozialen Unterschiede und Bildungsdifferenzen im Bereich des Bürgerschaftlichen Engagements müssen in der Engagementpolitik Beachtung finden. Auch dies ist uns aus der Kulturpolitik vertraut.

Die grundsätzlich inklusive Funktion von Bürgerschaftlichem Engagement und Zivilgesellschaft verändert sich rasant, insbesondere in den letzten Jahrzehnten. Sie ist in ständiger Transformation begriffen. Heute sind nicht mehr die großen korporativen Vereinigungen wie Parteien, Kirchen, Gewerkschaften oder Wohlfahrtsverbände allein tonangebend, sondern eine Vielfalt von Organisationen. Zugleich wandeln sich die Formen des Engagements: Zeitlich begrenztes, projektförmiges Engagement wird verbindlicherem Engagement, etwa in gewählten Ehrenämtern, vorgezogen. Diese Transformationsprozesse müssen durch Engagementpolitik, etwa durch Vernetzung der sich vervielfältigenden Akteure, die sich nicht mehr in übergreifenden Verbänden organisieren, klug begleitet werden.

Aufgehoben ist dies in einer sehr ähnlichen Vorstellung von politischer Steuerung als zurückhaltend agierender Governance (Sievers 2006): Schnittstellen zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sind im Sinne der Bewahrung des Eigensinns und einer Vermeidung von Instrumentalisierungen zu gestalten – ganz im Sinne des Böckenförde'schen Diktums, wonach der demokratische Staat von Voraussetzungen des Engagements der Bürgerinnen und Bürger lebt, die er selbst nicht direktiv anweisen oder erzeugen kann. Staatliches Handeln und staatliche Institutionen können bürgerschaftliche Infrastrukturen nicht kompensieren oder gar ersetzen. Sie sollen sie unterstützen und für gute Rahmenbedingungen sorgen.

Selbstorganisation und Selbstwirksamkeit zu ermöglichen und auszubauen, steht im Fokus der Engagementpolitik. Sie muss der Freiheit des Bürgerschaftlichen Engagements Raum geben und darf diese nicht als Bedrohung, sondern als Kreativitätspotenzial begreifen. Ihre Steuerung ist indirekt und zurückhaltend: Sie bereitet die Bühne, hat aber keine Weisungsbefugnis. Und sie muss aushalten können, dass auch kontroverse Themen auf diesen Bühnen gespielt werden können.

Bürgerschaftliches Engagement in der Kultur

Kulturelle Aktivitäten zeichnen sich durch heterogene Organisationsformen aus, die von der hoch professionalisierten Staatsoper über das soziokulturelle Zentrum mit seiner typischen Mischung aus Haupt- und Ehrenamt bis hin zum rein ehrenamtlich betriebenen Laienchor reichen.

Durchaus vergleichbar mit der Entstehungsgeschichte der wichtigen Infrastrukturen des Sozialstaats (Wohlfahrtsverbände etc.) haben viele der großen Kulturinstitutionen, die wir heute kennen, ihren Ursprung im Bürgerschaftlichen Engagement. Schon in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts gründeten sich Lesegesellschaften, Geselligkeitsvereine, Kunstkabinette und weitere Assoziationen durch die Initiative des Bürgertums (Wagner 2009: 197ff.). Kultur bildet bis heute ein reichhaltiges Beziehungsfeld für das Bildungsbürgertum, das sich Sinnressourcen, aber auch Distinktionsgewinne verspricht.

Im Gefolge der 68er-Bewegung und der Neuen Kulturpolitik der 1970er Jahre wurde diese Ambivalenz als affirmativ kritisiert. Hiergegen wurde dezidiert eine engagierte Kultur gefordert, die sich demokratisch zu öffnen habe. So entstand ein weites Engagementfeld, dessen Einrichtungen (soziokulturelle Zentren, freie Kunstschulen, Künstlerkollektive etc.) bis heute stark ehrenamtlich geprägt sind, obwohl sie sich im Laufe der Zeit meist auch ein hauptamtliches Team aufbauen konnten. Diesen zweiten Organisationstyp würde ich daher als hybrid bezeichnen, da er von Haupt- und Ehrenamtlichen gleichermaßen getragen wird.

Aber auch die hochprofessionalisierten Einrichtungen kommen nicht ohne Bürgerschaftliches Engagement aus. Die in den 2000er Jahren einsetzende Gründungswelle von Stiftungen und Fördervereinen ist dafür beredtes Zeugnis.

Neben den großen und meist öffentlich grundfinanzierten Einrichtungen und dem soziokulturellen Hybrid blüht seit der Entstehung des bürgerlichen und proletarischen Vereinswesens ein rein ehrenamtlich betriebener Bereich der sogenannten Laienkultur, der sich in der Bundesrepublik in überregionalen Verbänden zusammengeschlossen hat. Dieser Bereich ist zahlenmäßig, was die beteiligten Menschen betrifft, bedeutend, allerdings gemessen am finanziellen Förderanteil aus öffentlichen Kassen marginal.

Diese Grundstruktur ist alles andere als festgefügt. Neben den großen, meist öffentlich finanzierten Kultureinrichtungen, der etablierten Soziokultur und der ehrenamtlichen Laienkultur gibt es einen hochdynamischen Bereich von Projekten und Gruppen, der nur mit einer gemischten Ökonomie von Semiprofessionalität und Patchworkfinanzierung überleben kann. Darunter kann vieles fallen: eine Gruppe, die sich im Vorort einer Großstadt zum Seidenmalkurs trifft. Man organisiert Ausstellungen, erste Erfolge

werden gefeiert: Kurse werden öffentlich ausgeschrieben. Man gründet einen Verein, stellt jemanden im Minijob ein. Oder: eine kommunale Filminitiative, die im Sommer auf die Idee kommt, an attraktiven Plätzen der Stadt Open-Air-Kino aufzuführen. Die Filmnächte unter freiem Himmel finden Anklang: Man kann sich plötzlich einige Personalstellen leisten etc.

Diese Initiativen beginnen in der Regel mit ehrenamtlichem Engagement, streben aber nach gewisser Zeit nach einer größeren Form, die sie unter Markt- und Kostendruck bringt. Ist diese Stufe einmal erreicht, wird die Freiwilligenarbeit wieder reduziert, es sei denn, sie ist als konstitutiver Baustein der Finanzierung unabdingbar. Allerdings bröckeln die verbliebenen Ehrenamtlichen nach einer gewissen Zeit ab. Der Übergang von haupt- zu ehrenamtlicher Mitarbeit ist häufig fließend.

Die Innovationskraft und die Kreativität des Kulturbereichs beweisen sich in der Dynamik dieser Zwischenzone. Die Ehrenamtlichkeit, die zu Anfang konstitutiv gewesen sein mag, verliert sich mit erfolgter Institutionalisierung. Sie ist Kennzeichen einer Aufbruchszeit, um dann, wenn der Durchbruch geschafft ist, in den Hintergrund zu treten.

Wenn wir heute auf das dynamische Feld der Kultur sehen, fallen einige Wachstumszonen des Bürgerschaftlichen Engagements ins Auge:

Erstens: Aufgrund des steigenden finanziellen Drucks, der auf den größeren Kulturinstitutionen lastet, gewinnt das über Förderkreise vermittelte Fund- und Friendraising immer mehr an Bedeutung. Der Schwerpunkt scheint auf der Einwerbung zusätzlicher Spenden zu liegen. Die Unterstützung ehrenamtlicher Mitarbeit, zum Beispiel durch hauptamtliches Freiwilligenmanagement, ist eher die Ausnahme.

Zweitens: An den Erfolgen und an der Ausbreitung des Freiwilligen Sozialen Jahres in der Kultur lässt sich ermessen, wie attraktiv das Lernfeld Kunst und Kultur für Jugendliche und junge Erwachsene ist. Junge Menschen erleben heute eine breite Ästhetisierung und eine umfassende mediale Gestaltung von Lebenswelten. Das aktive Lernen im Kulturbereich kann sie in die Lage versetzen, zum Akteur zu werden und selbstbewusst mit den gebotenen ästhetischen Möglichkeiten umzugehen. Die Anziehungskraft, einen künstlerischen oder kreativen Beruf zu ergreifen, ist sehr hoch. Gelegenheiten, sich im freiwilligen Engagement zunächst einmal auszuprobieren, werden gern angenommen.

Drittens: Es lässt sich derzeit ein Wachstum an bürgerschaftlichen Kulturinitiativen vor allem im Siedlungsgürtel der städtischen Zentren beobachten. Eine alte Scheune wird zum Kulturzentrum, ein Keller zur Komödie, eine Theatergruppe gründet sich und führt in der renovierten Schlossruine Sommerfestspiele auf. Während traditionelle Chöre über Nachwuchsmangel klagen, scheint in diesem Bereich ein großes Potenzial zu liegen.

Viertens: Man kann in Städten vielfach neue Entwicklungen beobachten, die sich zwar nicht dezidiert unter der Überschrift des Bürgerschaftlichen Engagements präsentieren, aber ohne seine Energie undenkbar wären. Man denke beispielsweise an die Diskurse um kreative Milieus oder Dritte Orte, die jetzt auch angestammte Großeinrichtungen der urbanen Kulturlandschaft erfasst haben.¹ Durch die kommerzielle Verödung der Innenstädte nimmt dieses Thema zusätzlich Fahrt auf.

1 Siehe die aktuellen Konzepte für die Zukunft der Stadtbibliotheken.

Neue Herausforderung: Kulturelle Risse in der Demokratie

Die aktuelle Debatte um Dritte Orte macht die Chancen und Herausforderungen einer Engagement- respektive Kulturpolitik sichtbar, die sich explizit als Gesellschaftspolitik auf der Höhe der Zeit begreift. Ich sehe insbesondere die Zukunft unseres demokratischen Gemeinwesens als Kernaufgabe, die nur positiv zu gestalten ist, wenn sie sich auf den resilienten Unterbau einer lebendigen Zivilgesellschaft verlassen kann.

Zugegeben: Engagementpolitik hat lange keine Rolle im Diskurs der Kulturpolitik gespielt. Natürlich waren die Fragen, die sie sich stellte, anschlussfähig an die Grundüberzeugungen der Soziokultur. Dennoch traf die Debatte ums Bürgerschaftliche Engagement in der Kultur nicht unbedingt den Zeitgeist der kulturpolitischen Debatten seit der Jahrhundertwende, die stark geprägt waren von neuen Managementmodellen der Kulturverwaltung, der Frage des Verhältnisses von Kultur und Markt oder Kultur als Standortfaktor.² Daher wurden die Potenziale des Bürgerschaftlichen Engagements in der kulturpolitischen Debatte bei weitem nicht ausgeschöpft. Meines Erachtens ist es an der Zeit, dies zu ändern.

Wir leben nicht nur seit der letzten US-Wahl oder dem Zerfall der Ampelkoalition in Deutschland in unruhigen Zeiten, die viele Beobachter schon an die Zerfallsprozesse der Weimarer Republik erinnern.

Der Aufstieg nationalistischer und demokratiefeindlicher Strömungen ist keine Eintagsfliege, sondern Resultat der zunehmenden Komplexität moderner Gesellschaften, die ihre immer schwierigeren Probleme offenbar nicht in den Griff bekommen. Und die reichen weit vor den Ukrainekrieg, die Coronaepidemie, die Energiekrise oder die Inflation der letzten Jahre hinaus.

Die Krise der Demokratie berührt die Grundfesten der modernen Gesellschaft. Die Zivilgesellschaft ist zugleich beschädigt und Ressource der Heilung. Hier sind Engagement- und Kulturpolitik gleichermaßen gefordert, weil sie unabhängig vom Tagesgeschäft in Werten verankert sind, die die Grundlage der Aufklärung ausmachen. Und weil sie ein Politikmodell propagieren, das meines Erachtens die einzige überzeugende Alternative zu einem zunehmenden politischen Autoritarismus bildet. Gerade deshalb können sie die gegenwärtige Krise der Demokratie tiefer durchdenken.

Ich möchte dies an den grundsätzlichen Normen republikanisch verfasster Gesellschaften kurz darlegen:

Der Begriff der *Freiheit* hat sich zu einer fast modisch zu nennenden Aufforderung zu Selbstautonomisierung, Selbstverwirklichung und Selbstperformance entwickelt. Zugegeben: Daran war die Kultur nicht ganz unschuldig. Neben dem Gemeinsinn hat sie auch den Fliehkräften des Individualismus hofiert. Nach Bruno Latour (Latour 2017: 193ff.) steht angesichts des zunehmenden Bewusstseins gegenseitiger Abhängigkeit, insbesondere in der Klimakrise, genau dieses autonome Freiheitsversprechen infrage. Wir müssen lernen, Abhängigkeit voneinander zu gestalten. In dieser Hinsicht sind Diskurse, die Freiwilligkeit und Pflicht, Freiheit und Verantwortung auch im Bürgerschaftlichen

2 Siehe dazu die Beiträge von Birgit Mandel, Dieter Rossmeissl und Dieter Haselbach in diesem Buch.

Engagement³ zusammendenken, ein Gradmesser dieser Veränderung. Aber die Debatte führt weit darüber hinaus in unser grundsätzliches Verständnis des Zusammenlebens. Der Begriff des Anthropozäns, der den Menschen als Opfer der eigenen Handlungsfolgen begreift, macht deutlich, in welch tiefe Krise unser Freiheitsverständnis geraten ist.

Der Begriff der *Gleichheit* hat sich massiv differenziert: Beginnend mit der Herr-Knecht-Thematik Hegels, der Kapitalisten-Proletariat-Dichotomie bei Marx über die Frage der Geschlechterverhältnisse, Migrationsbewegungen bis hin zum postkolonialen Diskurs und den LGBT+-Debatten haben sich die Dispositive des Gleichheitsversprechens massiv differenziert. Gleichheit umfasst heute viele Facetten, zum Beispiel Sprache (Wokeness etc.), Bildung, kulturelle Zeichensysteme. Das wird viel sensibler und umfassender wahrgenommen. Gleichheit meint heute nicht nur materielle Gleichheit, sondern Chancengleichheit bis hin zu einem die gesamte Kultur herausfordernden Fähigkeiten-Ansatz (Nussbaum 2010: 112ff.), der das Problem der Daseinsvorsorge moderner Gesellschaften neu definiert.

Zunehmend formiert sich Widerstand gegen diese komplexer werdenden Gleichheitsforderungen, für die die Neue Kulturpolitik wie die Engagementpolitik, zum Beispiel in der sogenannten Flüchtlingskrise 2015, immer wieder einstanden. Die Kämpfe um Deutungshoheiten, etwa im israelisch-palästinensischen Konflikt oder in den zunehmenden (Anti-)Wokeness-Debatten, treffen Kultur und Zivilgesellschaft ins Mark.

Brüderlichkeit manifestiert sich klassisch einerseits im Solidaritätsverständnis der katholischen Soziallehre (das stärkere Individuum hilft dem schwächeren) und der Kampfsolidarität benachteiligter Klassen oder Geschlechter andererseits. Heute besteht in einer Gesellschaft der Singularitäten (Reckwitz 2017) zudem das kulturell inklusive Thema, wie die verschiedenen Kleinmilieus und Lebensentwürfe, die zur Blasenbildung neigen, sich synergetisch verbinden können. Nicht immer und vor allem nicht automatisch entsteht dabei ein Regenbogen, sondern oft ein verwaschenes Grau.

Das sind natürlich sehr allgemeine Beschreibungen. Ich bin aber überzeugt, dass sich ihre Spuren bis in die kleinsten Gesten der Alltagskultur verfolgen lassen. Und sie tragen zum politischen Kampfgetümmel einiges bei. Sie werden sich auch nicht von heute auf morgen in Luft auflösen, wenn politische Mehrheiten wechseln. Sie bedürfen einer beharrlichen Anstrengung der kommunikativen Brückenbildung und Netzwerksarbeit in allen Begegnungen des Alltags. Und hier sind meines Erachtens Engagement- und Kulturpolitik gleichermaßen aufgerufen, sich einzumischen. Sie können das, weil sie Freiheit als Selbstwirksamkeit begreifen, die eine Brücke schlägt zwischen Selbstsorge und Sorge für andere und so Gemeinschaft herstellt. Weil sie Solidarität als Öffnung und Mischung in zivilgesellschaftlichen Organisationen im gemeinsamem Engagement Tag für Tag vorleben und Orte des zivilisierten Austausches, aber auch des Streits zur Verfügung stellen.

Eine Demokratie wird nur durch diese vielen und unablässigen Impulse und Gesten zivilgesellschaftlichen Engagements resilient. Deshalb fordern die Akteurinnen und Akteure der Engagementpolitik endlich ein Demokratiestärkungsgesetz, das sich keineswegs auf die Förderung wehrhafter Demokratie oder Extremismusprävention beschrän-

3 Siehe die Debatte um das Gesellschaftsjahr.

ken darf, sondern den offenen Austausch in stabilen Strukturen verlässlich, das heißt Tag für Tag, und da, wo die Menschen leben, ermöglicht.

Literatur

- Glaser, Hermann (2001): »Bürgergesellschaft und Kultur: Ein neues Thema mit alten Wurzeln«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. (Hg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2000*, Thema: Bürgerschaftliches Engagement, Bonn/Essen: KuPoGe/Klartext Verlag, S. 123–130
- Kulturpolitische Gesellschaft (1998): Programm und Satzung 1998, in: *Mitgliederrundbrief* Nr. 20 (III/98)
- Latour, Bruno (2017): *Kampf um Gaia. Acht Vorträge über das neue Klimaregime*, Berlin: Suhrkamp
- Nussbaum, Martha C. (2010): *Die Grenzen der Gerechtigkeit. Behinderung, Nationalität und Spezieszugehörigkeit*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Reckwitz, Andreas (2017): *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*, Berlin: Suhrkamp
- Röbke, Thomas (2021): *Der Humus der Gesellschaft. Über bürgerschaftliches Engagement und die Bedingungen, es gut wachsen zu lassen*, Wiesbaden: Springer VS
- Röbke, Thomas (2015): »Engagementpolitik und Kulturpolitik – eine Wahlverwandtschaft«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. (Hg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2014*, Thema: Neue Kulturförderung, Bonn/Essen: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V./Klartext Verlag, S. 69–86
- Röbke, Thomas; Bernd Wagner (Hg.) (2001): »Kulturpolitik in der Bürgergesellschaft. Einleitung«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. (Hg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2000*, Thema: Bürgerschaftliches Engagement, Bonn/Essen: KuPoGe/Klartext Verlag, S. 15–36
- Sievers, Norbert (2006): »Was bleibt? Was fehlt? Kulturpolitik als Modernisierungsprozess«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. (Hg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2006*, Thema: Diskurs Kulturpolitik, Bonn/Essen: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V./Klartext Verlag, S. 291–301
- Sievers, Norbert; Bernd Wagner (Hg.) (1992): *Bestandsaufnahme Soziokultur. Beiträge, Analysen, Konzepte*, Bonn: Kohlhammer
- Taylor, Charles (1993): »Der Begriff der bürgerlichen Gesellschaft im politischen Denken des Westens«, in: Micha Brumlik; Hauke Brunkhorst (Hg.) (1993): *Gemeinschaft und Gerechtigkeit*, Frankfurt a.M.: Fischer, S. 117–148
- Wagner, Bernd (2009): *Fürstentum und Bürgergesellschaft. Zur Entstehung, Entwicklung und Legitimation von Kulturpolitik*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext Verlag (Edition Umbruch 24)
- Wagner, Bernd (Hg.) (2000): *Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement in der Kultur. Dokumentation eines Forschungsprojektes*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext Verlag (Dokumentation 55)

Wagner, Bernd; Kirsten Witt (Hg.) (2003): *Engagiert für Kultur. Beispiele ehrenamtlicher Arbeit im Kulturbereich*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext Verlag (Dokumentation 59)